

„Neuen Saarpost“ und heute früh der übrigen Saarprese zu gehen ließen, kann ich nicht unwiderprochen hinnehmen, da mir die Wertung des Falles wichtige Gesichtspunkte außer acht zu lassen und einige Unrichtigkeiten zu enthalten scheint.

Ich darf kurz auf folgendes hinweisen, damit der Fall Rossenbeck die richtige Beleuchtung für den Abstimmungskampf erhält:

Herr Rossenbeck, der Außenbeamte der Propagandaabteilung der „Mines dominoes francaises“, hat, wie von den vorliegenden Dokumenten bezeugt wird, nicht nur die neue Saarpost, sondern auch eine Reihe anderer separatistischer Zeitungen im Saargebiet, wie z. B. den Generalanzeiger, in erheblichem Maße mit Mitteln finanziert, aber deren Herkunft kein Zweifel bestehen kann. Nun haben gerade diese von Herrn Rossenbeck finanzierten Blätter ununterbrochen das führende Staatsmanns Deutschlands, nicht zuletzt das Reichsoberhaupt, in einer kaum wiederzugebenden Weise beschimpft. „Mörder und Gangster“ sind übliche Ausdrücke. Diese Pressestimmen, ihre wütende Wiedergabe und gehässige Kommentierungen durch nichtdeutsche Sender haben auch jetzt noch keine Billigung der Abstimmungskommission gefunden, obwohl bereits aufgrund der bisherigen wenigen Veröffentlichungen aus den Akten des Herrn Rossenbeck der Zusammenhang zwischen der Propagandastelle Rossenbeck, den separatistischen Zeitungen und gewissen nichtdeutschen Sendern so offensichtlich auf der Hand liegt, daß nach meinem Empfinden eine Erörterung dieses Zusammenhangs vom Standpunkt der Sicherung einer unbedingten Abstimmung aus sich kaum mehr umgehen lassen dürfte.

Sie werden es verstehen, Herr Präsident, daß mich bei dieser Sache Ihre Androhung sehr peinlich berührt hat, wonach die Verbreitung von Mitteilungen, die über die deutschen Reichssender gegeben werden, und die bisher stets einer Prüfung nach der Wahrheitseit stand halten konnten, im Saargebiet verboten werden soll, insbesondere, nachdem in ihrer Verhandlung die Täglichkeit der nichtdeutschen Sender keine entsprechende Würdigung erfährt.

Was die Handlung des Privatsekretärs Hilt nach ihrer moralischen und strafrechtlichen Würdigung betrifft, so ist vor allem zu berücksichtigen, daß es Herr Rossenbeck war, der in unerhörter Weise eine die Freiheit der Abstimmung beeinflussende unerlaubte Tätigkeit entfaltet hat. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Verwendung der Gelder des Herrn Rossenbeck nur das Ziel haben sollte, deutsche Menschen von ihrem Volk und Vaterland loszuwerden. Im übrigen bin ich durchaus bereit, von den deutschen Organen der Strafrechtsplege den Fall Hilt nach der strafrechtlichen Seite zu überprüfen und abhanden zu lassen, sobald ich die Gewissheit habe, daß der den Fall Hilt auslösende Fall Rossenbeck eine entsprechende Behandlung durch die zuständigen Organe der Strafrechtsplege im Saargebiet erfährt.

Die Ausführungen von Hilt am Reichssender Stuttgart waren veranlaßt, weil Herr Rossenbeck der Wahrheit zufolge die Richtigkeit eines veröffentlichten Dokumentes bestreiten hat und weil es im Interesse einer Klarheit im Abstimmungskampf unbedingt erforderlich ist, gewisse Dinge mit aller Eindeutigkeit klarzustellen, deshalb bin ich auch nicht in der Lage, gegen den Reichssender Stuttgart einzuschreiten.

Einwandreie Saarabstimmung

Eine Bekanntmachung der Abstimmungskommission

Die Abstimmungskommission erlässt eine Bekanntmachung, in der noch einmal betont wird, daß die Volksabstimmung im Saargebiet vollkommen frei und geheim sein wird und daß die Stimmzettel irgendwelche Vergleichungsmaßnahmen von Einzelpersonen oder gar von Seiten der Behörden nicht zu befürchten hätten.

Nach der Feststellung des Wahlergebnisses werden die Stimmzettel nach Genf gebracht und dem Völkerbund übergeben, so daß die Möglichkeit einer nachträglichen Unterforschung der Stimmzettel vollkommen ausgeschlossen ist. Wer durch unerlaubte Mittel, wie Gewalt, Drohung, Betrug, Bestechung usw. eine Person zu bestimmen sucht, zu offenbaren, in welchem Sinn entweder sie selbst oder eine dritte Person gestimmt hat oder zu stimmen gedenkt, wird nach den geltenden Strafbestimmungen mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

Sichert das Abstimmungsergebnis!

Eine Eingabe der Deutschen Front.

Saarbrücken, 18. Dezember.

Die Landesleitung und Fraktion der Deutschen Front haben an die Abstimmungskommission eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die Verlausbarungen wendet, nach denen die Zählung der Abstimmungsergebnisse erst am 14. Januar in einem großen Saal in der Stadt Saarbrücken stattfinden soll. Durch diese beabsichtigte Maßnahme der Regierungskommission sieht die Deutsche Front die Sicherung des Abstimmungsergebnisses gefährdet.

In der Eingabe wird das Erfuchen vorgebracht, die Stimmergebnisse unmittelbar nach Abschluß der Abstimmungshandlung an Ort und Stelle festzuhalten, damit diese tatsächlich unverändert festgehalten werden und die Volksabstimmung als vertragliche Grundlage für das weitere Schicksal des Saargebiets nicht in letzter Stunde noch gefährdet wird. Die Bedenken, die die Eingabe der Deutschen Front gegen eine spätere Gesamtzählung in Saarbrücken vorbringt, sind, daß eine derartige Zählung frühestens am Tage nach der Abstimmung erfolgen könnte und daß zur Zählung insgesamt ungefähr 850 Urnen nach Saarbrücken in das Jährlotstal gebracht werden müßten. Es gebe aber weder theoretisch noch praktisch einen sicheren Schutz dagegen, daß während der Beförderung oder während der Aufbewahrung der Urnen bis zur Zählung die eine oder die andere entwendet oder ausgetauscht werden kann. Die Erfahrung, die die Deutsche Front hat machen müssen, seitdem im Saargebiet Emigranten das Wahlrecht genießen und sogar polizeiliche Funktionen übertragen erhalten, erfülle sie jedenfalls mit höchstem Misstrauen.

*
Die Eingabe der Deutschen Front hat eine durchaus ernste und schwerwiegende Bedeutung, da es sich bei dem der Abstimmungshandlung folgenden Zählverfahren in der Tat für die Saarbevölkerung um eine Schicksalsfrage handelt, bei der sie im Sinne ihres Selbstbestimmungsrechts wohl besucht ist, zu Wort zu kommen und gehört zu werden.

Genugend Abstimmungspolizei

Der Präsident der Saar-Regierung, Anog, hat dem Völkerbundessekretariat mitgeteilt, daß er infolge der Ratsentscheidung über die Bildung einer internationalen Truppe darauf verzichte, weitere Einstellungen in die Abstimmungspolizei vorzunehmen.

Wir werden jede Krise überwinden

Dr. Goebbels über den Wiederaufstieg Deutschlands.
Dortmund, 13. Dezember.

In der überfüllten Westfalenhalle sprach Reichsminister Dr. Goebbels über das nationalsozialistische Wiederaufbauwerk. Mehr als 15 000 Zuhörer bereiteten dem Minister einen begeisterten Empfang.

Dr. Goebbels gab zunächst einen Abriss der politischen Entwicklung in Deutschland in den letzten Jahren.

Wenn alle nationalen Reserven verschwendet seien, wenn das Land übermüdet sei und die Wirtschaft einem Trümmerhaufen gleiche, dann, sagte der Minister, müsse man mit harter Arbeit ganz neu anfangen und Meter für Meter an Boden zurückgewinnen. Dabei gebe es auch einmal Schwierigkeiten und Schrunden. Die nationalsozialistische Bewegung habe auch vor der Machtübernahme darüber keinen Zweifel gelassen und nichts versprochen, sondern nur Opfer gefordert für Deutschland. Nach der Machtergreifung habe der Führer vier Jahre gefordert, heute sei noch nicht die Hälfte dieser Zeit verstrichen, aber schon jetzt sei die Ver-

schuldung gesunken, 4½ Millionen Menschen ständen wieder in Lohn und Brot. Man müsse sich darüber klar sein, daß keine Macht der Welt Deutschland etwas schenke, sondern daß das deutsche Volk alles sich selbst erklämpfen und ertragen müsse. „Es ist uns nicht darum zu tun, den Beifall der Gegenwart, sondern den Beifall der Zukunft zu erwerben.“

Als Beweis für die Einheit und das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes führte Dr. Goebbels den „Tag der nationalen Solidarität“ an, der von einem charakterlichen Umbruch des ganzen deutschen Volkes zeuge. Das Winterhilfswerk des Jahres 1933/34 werde hoffentlich das des Jahres 1934/35 noch übertreffen. Die Führer der nationalsozialistischen Bewegung hätten nicht den Ehrengang, Ruhm und Ehre für die Gegenwart zu erwerben, sondern ihre Namen der Nachwelt zu vererben.

Wir sind überzeugt, so schloß der Redner unter stürmischen Beifall, daß wir jede Krise überwinden und daß wir die Aufgaben, die uns das Schicksal stellt, lösen werden.



Hermann Göring vor der Weltresse.

Der preußische Ministerpräsident Hermann Göring sprach auf dem diplomatischen Empfangsabend des außenpolitischen Amtes der NSDAP in Berlin vor den Diplomaten und den Vertretern der Weltresse über die Überwindung des Kommunismus in Deutschland.

Englischen Meldungen zufolge werden die beiden für das Saargebiet bestimmten britischen Bataillone England etappenweise verlassen, nämlich am Sonntag, Dienstag und Freitag nächster Woche. Sie werden über Dover-Calais befördert werden. Ihr Gepäck wird auf 90 Lastkraftwagen abtransportiert werden, die auf einem Fährboot der englischen Südbahn über den Kermel-Kanal befördert werden sollen. Der Oberbefehlshaber, Generalmajor Brind, der dieser Tage nach Saarbrücken abreisen dürfte, hält gegenwärtig eingehende Beratungen im Kriegsamt über die Einzelheiten seiner Aufgabe ab.

Befriedung tritt ein

Die Ausweisungen von Ungarn aus Südmälen endgültig eingestellt

Das Generale Internationale Rote-Kreuz-Komitee teilte dem Ungarischen Roten Kreuz mit, daß nach Mitteilung des Südmälen Roten Kreuzes, an dessen Spitze der Prinzregent Paul steht, die Ausweisungen aus Südmälen eingestellt worden seien.

Am Mittwoch trafen in Budapest nur noch zehn aus Südmälen ausgewählte Personen ein. Zur Unterbringung der dreitausend ausgewählten Ungarn und Banater Schwaben finden in Ungarn großangelegte Sammlungen statt. Gutsbesitzer erklären sich bereit, die Ausgewählten aufzunehmen. Die endgültige Unterbringung der dreitausend Ausgewählten macht der Regierung angestellt der großen wirtschaftlichen Notlage des Landes erhebliche Sorgen, weshalb die Deffentlichkeit zur Unterstützung und dauernden Unterbringung der Ausgewählten aufgefordert wird.

Der deutsch-englische Handel

Befriedigende Auswirkung des Zahlungsbetrags

Im englischen Unterhaus erklärte der Schatzkanzler des Unterhauses, Colville, auf Anträge über das deutsch-englische Wirtschaftsverhältnis, daß das am 1. März abgeschlossene Zahlungsbetrag mit Deutschland sich erfreulicherweise bisher befriedigend auswirkt.

Einschließlich des bei Abschluß des Abkommens gezahlten Betrages von 400 000 Pfund sei nunmehr die Summe von annähernd 1 400 000 Pfund von der deutschen Regierung zur Tilgung ausstehender Handelsschulden in England zur Verfügung gestellt worden.

Der Beträger der Schulden, die zwischen dem 1. März 1934 und dem 31. Oktober 1934 fällig wurden, belaufen sich annähernd auf 4,75 Millionen Pfund, davon entfallen etwa 3,25 Millionen Pfund auf den Zeitraum vom 1. März bis zum 19. August. Die betreffenden Verpflichtungen sind alle eingegangen vor dem Inkrafttreten des englisch-deutschen Währungsabkommens. Auf den Zeitraum vom 20. August bis zum 31. Oktober entfallen etwa 1,5 Millionen Pfund.

Flottenbesprechungen vertagt

Das Londoner Kabinett hat beschlossen, einstweilen die Flottenbesprechungen zu vertagen. Der Beschuß ist noch nicht endgültig gefaßt, weil man noch die Wünsche der Japaner in dieser Beziehung hören will. Wahrscheinlich werden von japanischer Seite keine Schwierigkeiten gemacht werden, wenn auch Admiral Yamamoto eine Fortsetzung der Besprechungen vorziehen dürfte. Die amerikanische Abordnung wird voraussichtlich am Sonnabend die Helmreise antreten; auch die japanische Abordnung dürfte London verlassen.

Obwohl von verschiedenen Delegierten erklärt wurde, daß man voraussichtlich im Frühjahr wieder zusammenkommen werde, wird in Kreisen der amerikanischen Delegation betont, man werde erst dann wieder die Besprechungen aufnehmen, wenn ein Beratungsgegenstand vorliege.

Allerlei Neuigkeiten

Zugzusammenstoß unter Tage. Im Steinkohlenbergwerk von Wessan bei Valenciennes stehen zwei Stollenzüge zusammen. Bei dem Zusammenprall wurden drei Arbeiter schwer verletzt.

Auf dem Eis verunglückt. Nachdem erst am Sonnabend drei Schüler bei einem Schulausflug auf dem Eis des unweit Riga gelegenen Babī-Sees eingeschlitten und ertrunken, wird jetzt ein ähnlicher Unglücksfall aus Mittelfranken gemeldet. Dort ertranken drei junge Arbeiter, die sich z. T. auf Fahrrädern, z. T. auf Schlittenjahren über das Eis eines Sees zu ihrer Arbeitsstätte begeben wollten. Am nächsten Morgen stellte man das Fehlen der drei jungen Leute fest und fand später ihre Leichen an einer Stelle des Sees, die nur eine dünne Eisschicht aufwies.

Spanisches Fischerboot gesunken. In der Nähe von Vigo sankte infolge starken Wellenganges ein Fischerboot. Von der 20 Mann starken Besatzung konnten nur 14 gerettet werden. Sechs sind in den Fluten umgekommen.

Das unruhige Spanien. Die bewaffneten Überfälle in Barcelona nehmen täglich zu. Am Montag wurde auf offener Straße ein Verbrecher von zwei Komplizen niedergeschossen. Die Täter sind entkommen. Der Ermordete ist ein aus dem Gefängnis entflohenen Ladenräuber. Auch in Madrid kam es zu einem politischen Überfall. Zwei Angehörige der sozialdemokratischen Jugendorganisation schlugen einen pensionierten höheren Kavallerieoffizier nieder, als dieser das Parteidgebäude der katholischen Volksaktion verließ.

Tödlicher Absturz eines Bergsteigers. Der Saarburger Bergsteiger Andreas Strohmeier ist am hohen Doell aus 800 Meter Höhe abgestürzt. Er war auf der Stelle tot. Die Leiche, die gräßliche Verstümmelungen aufwies, konnte geborgen werden.

Weitere Grubenstillegungen in Oberschlesien. Die Generaldirektion der Rybniker Steinkohlengewerkschaft in Katowitz hat beim Demobilisationskommissar um Genehmigung zur völligen Stilllegung der Römergrube bei Rybnik nachgefragt. Zur Begründung des Antrages wird angeführt, daß der Betrieb große Zuschüsse erfordere und seine Weiterführung daher aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr tragbar sei. Das Werk beschäftigt zur Zeit 800 Arbeiter. Der Kommissar hat bisher noch keine Entscheidung gefällt.

Kindermund.

Die kleine Naschaste kommt eben aus der Missionsschule in die Schule und steht unklug vor den verschiedenen Eishallen.

Von der Verkäuferin gefragt, welche Sorte sie nun am liebsten haben wolle — fruchtlos, Vanilleeis oder Schokolade —, antwortet das Kind:

„Ich weiß gar nicht, Prinzessin, welchen von den drei Eisbeilagen ich bevorzugen soll...“ C.K.

Weihnachtsvorfreude

Dresdner Brief

Es ist dies ein langes, etwas ungeschicktes Wort. Aber kann man das Geschöpf anders benennen, das schon wochenlang vor dem schönsten deutschen Fest alle Herzen bewegt? Und warum Vorfreude? Etwas will jeder Mensch erwarten, mit irgendwelchen Geschenken überrascht zu werden und so auf einmal aller Sorgen ledig zu sein! Gewiß nicht! Es ist die reine Freude, die dem Weihnachtsfest seinen Reiz gibt, nicht die des Neubmens, sondern die des Gebens!

Mit dem ersten Licht, das die junge Mutter inmitten ihrer Kinderschar, die einsame Junggesellin in ihrem Säbchen, der

Hagelstein
Boden
Stelzern
keit. So
die Unn
Ausenfr
sind nad
bol unse
herabge
und grü
auf alle
in keine
Auk
Jahre d
Zeit b
denken
gegeben
viele, di
sind, un
früher u
drei Jah
durch die
seiner se
wieder
„Ich hab
mal mit
Leiter g
Krisis üb
müssen, L
zusehen.
wird ein
hilfe gle
werk, da
mit Mitt
noll mehr
Mitmens
auch wir
Die
an jedem
verschiede
liche Ab
Engelchen
heit heißt
liche Dre
den Vor
Solidarit
und wird
Dresden,
tätigkeits
umdrängt
wechseln.
Winterbl
für die vi
zeit opfer
haften W
und geben
bitteren
Mannes
unverdro
Die
bereitet G
Angestellte
Freunde“
eine der
eine solc
weise beh
werden.
So st
duktivlich
Hoffnung
Rupp
Neuerwerb
Zur Vor
statt, und
einem Die
Verein auf
aufgeschl
Hauptnam
berzlicher,
seiner gro
Mitglieder
Pfeifer, E
mann St
dass die P
besseren B
Vorstand
Schiff, u
liche Volk
Befalls u
der Wehr
Kassefah
Kassierer
trat Lan
Schiedsma
des Danke
das neue i
Kurse mit
gen Feuer
neuerwerb
besonders
Wehr mit
Müller di
bandes, so
empfingen
Es wird n
dem Vorste
Angzahl tr
werden ha
froher Ru
noch manc
Sonntag i
vereinigen
Wehr vo
Luchs
Männerwo
Zusammen
bürgerl M
gefördert, j
Geben Dar
Ausführun
nes und Al
land. Dan
stark am
der sich an
Verlauf d
Wochstäf
12 Luchs